

Kassel, 31. Mai 2013

Niederschrift
über die **12. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 23. Mai 2013, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Enrico Schäfer, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Boris Mijatovic)
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Waltraud Stähling-Dittmann, Mitglied, CDU (Vertretung für Stefan Kortmann)
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Dr. M. Ismail Resai, Vertreter des Ausländerbeirates (Vertretung für Luigi Zisa)

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Turski, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Ute Giebardt, Frauenbeauftragte Stadt Kassel
Gerhard Halm, Betriebsleiter Die Stadtreiniger - Eigenbetrieb
Stefan Stremme, Die Stadtreiniger - Eigenbetrieb
Ferdinand Peter, stellvertretender Amtsleiter Rechtsamt
Kirsten Wagner, Rechtsamt
Nina Djamali, Rechtsamt
Jennifer Kellotat, Rechtsamt

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | 4. Änderung der Interessenausgleichsvereinbarung GVZ | 101.17.850 |
| 2. | Neufassung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sporthallen | 101.17.852 |
| 3. | Gewerbliche Sammlung von Abfällen;
Führung eines Rechtsstreits | 101.17.877 |

4.	Verfahren bei der Annahme von Spenden	101.17.885
5.	Neufassung der Tarifordnung für die sportliche Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen	101.17.886
6.	Satzung zur Änderung der Satzung zur Herstellung, Ablösung und Gestaltung von Stellplätzen und zur Herstellung von Abstellplätzen für Fahrräder für das Gebiet der Stadt Kassel vom 01.04.2004 (Erste Änderung)	101.17.890
7.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 04.05.2009 (Zweite Änderung)	101.17.891
8.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 08.10.2012 (Zweite Änderung)	101.17.892
9.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Berufsschulen in der Stadt Kassel in der Fassung vom 12.12.2011 (Fünfte Änderung)	101.17.923
10.	Trennung und Scheidung	101.17.600
11.	Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen	101.17.667
12.	Wahlplakate und Wahlwerbung der Parteien	101.17.872
13.	Gleiche Voraussetzungen bei Wahlen und Bürgerentscheiden	101.17.893

1. stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner eröffnet die mit der Einladung vom 15.05.2013 ordnungsgemäß einberufene 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

1. stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt **7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 04.05.2009 (Zweite Änderung)**

Vorlage des Magistrats
- 101.17.891 -

eine fehlende Anlage als Tischvorlage verteilt wurde.

Auf Antrag von Stadtverordnetem Kieselbach, CDU-Fraktion, wird der Tagesordnungspunkt **11. Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen**

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.667 -

von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

1. stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. **4. Änderung der Interessenausgleichsvereinbarung GVZ**

Vorlage des Magistrats

- 101.17.850 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der beiliegenden 4. Änderung der Interessenausgleichsvereinbarung (IAV) zum Güterverkehrszentrum (GVZ) zu.

Der Magistrat wird ermächtigt, zu gegebener Zeit eine entsprechende Vertragsänderung einschließlich ggf. erforderlicher redaktioneller Änderungen rechtsverbindlich zu unterzeichnen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. 4. Änderung der Interessenausgleichsvereinbarung GVZ, 101.17.850, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Eichler

2. **Neufassung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sporthallen**

Vorlage des Magistrats

- 101.17.852 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sporthallen in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neufassung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sporthallen, 101.17.852, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

**3. Gewerbliche Sammlung von Abfällen;
Führung eines Rechtsstreits**

Vorlage des Magistrats
- 101.17.877 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Erhebung von Klagen der Stadt Kassel gegen Bescheide des Regierungspräsidiums Kassel zur gewerblichen Sammlung von Abfällen wird gemäß § 51 Nr. 18 HGO zugestimmt.

Im Rahmen der Diskussion werden offene Fragen der Ausschussmitglieder von Bürgermeister Kaiser, Ferdinand Peter, stellvertretender Leiter Rechtsamt, und Gerhard Halm, Betriebsleiter Die Stadtreiniger Kassel - Eigenbetrieb, beantwortet.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP

Ablehnung: CDU, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gewerbliche Sammlung von Abfällen;
Führung eines Rechtsstreits, 101.17.877, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

4. Verfahren bei der Annahme von Spenden

Vorlage des Magistrats
- 101.17.885 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Verfahren zur Annahme von Spenden sowie zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen in der als Anlage beigefügten Fassung.
2. Das Verfahren bei der Annahme von Spenden sowie bei der Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen in der Fassung vom 5. Juni 2000 wird aufgehoben.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Verfahren bei der Annahme von Spenden,
101.17.885, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

5. Neufassung der Tarifordnung für die sportliche Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen

Vorlage des Magistrats
- 101.17.886 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Tarifordnung für die sportliche Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neufassung der Tarifordnung für die sportliche Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen, 101.17.886, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

6. Satzung zur Änderung der Satzung zur Herstellung, Ablösung und Gestaltung von Stellplätzen und zur Herstellung von Abstellplätzen für Fahrräder für das Gebiet der Stadt Kassel vom 01.04.2004 (Erste Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.17.890 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung zur Herstellung, Ablösung und Gestaltung von Stellplätzen und zur Herstellung von Abstellplätzen für Fahrräder für das Gebiet der Stadt Kassel vom 01.04.2004 (Erste Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung zur Herstellung, Ablösung und Gestaltung von Stellplätzen und zur Herstellung von Abstellplätzen für Fahrräder für das Gebiet der Stadt Kassel vom 01.04.2004 (Erste Änderung), 101.17.890, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hoppe

7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 04.05.2009 (Zweite Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.17.891 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 04.05.2009 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

1. stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner weist noch einmal auf die als Tischvorlage verteilte Anlage zur Vorlage hin.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 04.05.2009 (Zweite Änderung), 101.17.891, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schäfer

8. **Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 08.10.2012 (Zweite Änderung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.892 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 08.10.2012 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Ersten Änderung vom 08.10.2012 (Zweite Änderung), 101.17.892, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Koch

9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Berufsschulen in der Stadt Kassel in der Fassung vom 12.12.2011 (Fünfte Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.17.923 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Berufsschulen in der Stadt Kassel in der Fassung vom 12.12.2011 (Fünfte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Berufsschulen in der Stadt Kassel in der Fassung vom 12.12.2011 (Fünfte Änderung), 101.17.923, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Linne

**10. Trennung und Scheidung
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2012
Bericht des Magistrats
101.17.600**

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, über das Konzept bzw. die Umsetzung für eine Anlaufstelle für Alleinerziehende im Ausschuss Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung zu berichten.

Bürgermeister Kaiser übergibt das Wort an Dr. Ute Giebhardt, Frauenbeauftragte der Stadt Kassel. Sie berichtet über das Konzept bzw. die Umsetzung und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht den Dr. Ute Giebhardt, Frauenbeauftragte der Stadt Kassel, gibt, wird zur Kenntnis genommen.

11. Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.667 -

Abgesetzt

12. Wahlplakate und Wahlwerbung der Parteien

Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler

- 101.17.872 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, mit den betreffenden Parteien, die in dem Merkblatt „Wahlplakatierung bis DIN A 0“ festgelegte Vereinbarung dahingehend zu ändern, dass Wahlplakate und Wahlwerbung der Parteien neben den öffentlichen Plakattafeln und Plakatsäulen nur an den von der Stadt Kassel jeweils vor den Wahlen aufgestellten Plakattafeln angebracht werden dürfen. Das Aufstellen von sonstigen Plakattafeln und das Anbringen von Wahlplakaten an Telegraf- und Lichtmasten, Zäunen, Mauern und ähnlichem ist untersagt.

Dr. Hoppe, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, begründet den Antrag seiner Fraktion. Dem schließt sich eine rege Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Wahlplakate und Wahlwerbung der Parteien, 101.17.872, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

13. Gleiche Voraussetzungen bei Wahlen und Bürgerentscheiden

Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler

- 101.17.893 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Initiatoren von Bürgerentscheiden in der Abwicklung ordnungsamtlicher Genehmigungen mit den für Wahlen im Stadtgebiet sonst üblichen behördlichen Erlaubnissen und Gebühren gleichzustellen.

Bürgermeister Kaiser weist darauf hin, dass die im Antrag geforderte Gleichstellung bereits besteht.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag des Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Gleiche Voraussetzungen bei Wahlen und Bürgerentscheiden, 101.17.893, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Frank Oberbrunner
1. stellvertretender Vorsitzender

Andrea Turski
Schriftführerin

-VF- Giebhardt/ Tel. 7069
17. Mai 2013

An die Frau Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich

über -V- *aj*

über Herrn Oberbürgermeister Hilgen

Kopie zur Kenntnis an -III- / *gekort, 22.5.13*
Kopie zur Kenntnis an -10-

Beschlusskontrolle

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Dezember 2012

Trennung und Scheidung

-101.17.600-

Der Magistrat wird aufgefordert, über das Konzept bzw. die Umsetzung für eine Anlaufstelle für Alleinerziehende im Ausschuss Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung zu berichten.

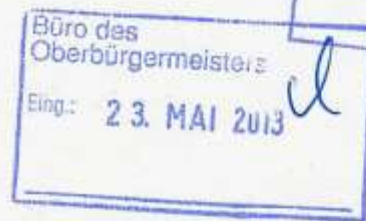
Zum Stand: Anlaufstelle für Alleinerziehende und Frauen bei Trennung/Scheidung

Im Bereich der Unterstützung und Beratung Alleinerziehender lief in Kassel über die letzten zwei Jahre das durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds geförderte Programm „Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“. Für die Region Kassel hatte der freie Träger AKGG den Zuschlag im Programm erhalten. Neben weiteren Einrichtungen aus der Region waren die Stadt Kassel – Frauenbüro und Lokales Bündnis für Familie – und das Jobcenter Stadt Kassel Kooperationspartner in diesem Projekt, auch die Agentur für Arbeit Kassel war vertreten.

Die Arbeit des Netzwerks lief auf zwei Ebenen: einerseits wurden Beratung und konkrete Angebote für Mütter und Väter gemacht, die Erziehungsverantwortung überwiegend allein tragen. Andererseits wurde die Vernetzung zwischen den Institutionen, die Angebote für diese Zielgruppe machen, voran gebracht.

Aus der Zusammenarbeit wurde das Informationsheft „Kompass für Alleinerziehende“ entwickelt. Darin sind in konzentrierter Form die wichtigsten Daten zu Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten zusammengestellt. Das Heft dokumentiert damit greifbar den Ansatz der Netzwerkarbeit in diesem Bereich. Die Erfahrungen der beteiligten Kooperationspartner besagen, dass es eine Vielzahl von unterstützenden Angeboten für jeweils spezifische Situationen gibt, das Problem also nicht in einem Mangel an Angeboten besteht, sondern darin, die Passung zwischen Bedarf und Unterstützungsangebot herzustellen. Durch die Netzwerkarbeit haben sich die Kontakte zwischen den Institutionen verbessert, somit die Wege verkürzt, und die Kenntnis über die Zuständigkeiten hat zugenommen.

Die zusätzlich zum Bestehenden gestarteten konkreten Angebote des Netzwerks wurden teilweise nicht so stark genutzt, was die Wahrnehmung des Netzwerks bestätigte, dass zusätzliche Angebote schwer zu etablieren sind. Gleichzeitig wird in den Familiennetzen in Kassel die Erfahrung gemacht, dass neue Initi-



*Bitte Info an
Friedrich u.
Stv. Baur
erl. fe.
04.06.13*

ativen durch eingeführte Anbieter oder etwa anknüpfend an Kitas gut angenommen werden. Dabei könnte auch eine Rolle spielen, dass Angebote dabei eher nicht als Angebote für Alleinerziehende deklariert werden, sondern für Familien/Erziehende. Möglicherweise empfinden Mütter und Väter es auch in Teilen als Stigmatisierung, wenn sie als Alleinerziehende von „normalen“ Familien abgegrenzt werden.

Das Projekte Netzwerk wirksamer Hilfen für Alleinerziehende hat sehr frühzeitig versucht, eine Weiterführung der Arbeit oder mindestens einzelner Aspekte der Arbeit sicher zu stellen. Für die Stadt Kassel übernimmt z. B. das Freiwilligenzentrum weiterhin die Pflege der Datenbank mit Angeboten für Familien (www.familienfreundliches-kassel.de). Das Lokale Bündnis für Familie will stärker an die vorhandenen Angebote in den Stadtteilen anknüpfen. Ziel eines entsprechenden Workshops wird es sein, sich einen Überblick über die bestehenden Angebote zu verschaffen, und die Vernetzung so zu verbessern, dass es jeweils schnelle Wege an die Basis und zu den Nutzerinnen und Nutzern gibt.

Nach wie vor bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Alleinerziehende eine besondere Herausforderung. Hier steht weiterhin die Alleinerziehenden-Beratung im Jobcenter Stadt Kassel zur Verfügung. Die Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt des Jobcenters ist in diesem Bereich sehr aktiv, und auch mit diesem Fokus stehen über die online-Broschüre „Kind & Arbeit in Kassel“ weiterführende Informationen im Internet zur Verfügung (www.jobcenter-stadt-kassel.de).

Bezüglich des Wiedereinstiegs in den Beruf, der nach bzw. während einer Familienphase durch Trennung oder Scheidung akut notwendig sein könnte, besteht in Kassel weiterhin die Beratungsstelle „Perspektive Wiedereinstieg“, angesiedelt beim Grone Bildungszentrum, die in enger Abstimmung mit den Frauenbüros von Stadt und Landkreis Kassel, der Agentur für Arbeit und den Jobcentern Stadt und Landkreis Kassel arbeitet.

Der Verein Frauen informieren Frauen e. V. bietet weiterhin Beratung bei Trennung und Scheidung an.

Diese Punkte können im mündlichen Bericht im Ausschuss gern weiter ausgeführt werden.



Dr. Ute Giebhardt
Frauenbeauftragte